

KURZ NOTIERT

von Michael Stratil

■ Don't ask, don't tell

Am 11. Dezember 2015 veröffentlichte die Regierung Singapurs ihren Menschenrechtsbericht und betonte darin ihre »pragmatische und nicht-ideologische Haltung« bei der Umsetzung von Menschenrechten. Der Bericht thematisiert erstmals auch das Thema von LGBT-Rechten und begründet die Regierungshaltung, den gleichgeschlechtlichen Kontakt unter Männern weiterhin unter Strafe zu stellen.

Das Festhalten am bestehenden Sexualstrafrecht sei mit Blick auf den gesellschaftlichen Frieden

notwendig. Die Tatsache, dass ein Teil der multiethnischen und -religiösen Bevölkerung eine ablehnende Haltung gegenüber der Homosexualität hege, habe nach einer »ausgewogenen Entscheidung« verlangt. *De jure* bleibt daher Paragraf 377A des singapurischen Strafrechts bestehen, der den Geschlechtsverkehr unter Männern mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft. Jedoch könnten im privaten Raum alle BürgerInnen unabhängig ihrer sexuellen Orientierung das eigene Leben frei gestalten.

Singapurs LGBT-Community kritisierte die Entscheidung am bisherigen Gesetz festzuhalten, da es die unterschwellige Homophobie im Land legitimiere. Dennoch zeichnet sich für die LGBT-Community eine positive Entwicklung ab. Diese ist in den vergangenen Jahren um ein Vielfaches gewachsen und verzeichnet bei der jährlich stattfindenden Gay Pride-Veranstaltung *Pink Dot* steigende Besuchszahlen.

allsingaporestuff.com 12.12.2015

straitstimes.com 11.12.2015

todayonline.com 11.12.2015

■ Schadensersatz für Premierminister Lee

Singapurs Oberster Gerichtshof verkündete am 17. Dezember 2015 das Strafmaß für einen Blogger. 150.000 Singapur-Dollar (95.000 €) muss Roy Ngerng an Singapurs Premierminister Lee Hsien Loong für einen Artikel zahlen. Schwere Rufschädigung lautet das Urteil. Ngerng hatte 2014 einen Blogbeitrag veröffentlicht, in dem er die Investmentstrategien des staatlichen Sozialversicherungsplans *Central Provident Fund* (CPF) kritisierte. Indirekt habe Pre-

mierminister Lee Gelder veruntreut. Der CPF ist ein Sozialfonds, in den ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen einkommensabhängige Abgaben einzahlen. Die Einlagen werden verzinst und können für Bildungs- und Gesundheitsausgaben, private Immobilienkäufe sowie zur Alterssicherung abgerufen werden. Die Kernbotschaft des Bloggers, der CPF halte Einnahmen aus strategischen Anlagen des Fonds zurück und zahle die AnlegerInnen (Erwerbstätige)

nicht gewinnabhängig aus, erregte öffentliches Aufsehen. Premierminister Lee drängte auf eine scharfe Verurteilung und das Gericht folgte der Forderung des Klägers. Die Anschuldigungen seien unbegründet, so die Begründung des Urteils. Bereits mehrfach wurden harte Urteile gegenüber BloggerInnen und JournalistInnen verhängt, die sich kritisch über die Politik der Regierung geäußert hatten.

channelnewsasia.com 17.12.2015

theonlinecitizen.com 23.12.2015

■ Ein historisches Ereignis?

Zum Jahreswechsel feierte die südostasiatische Staatengemeinschaft ASEAN den Start in einen gemeinsamen Binnenmarkt. Dieser trat am 31.12.2015 in Kraft und soll die Märkte der ASEAN-6, Brunei Darussalams, Indonesiens, Malaysias, der Philippinen, Singapurs und Thailands in der Wirtschaftsgemeinschaft (AEC) vereinen. Das Ziel ist der freie Fluss von Produkten, Dienstleistungen, Investitionen und Facharbeitkräften. Der Grundstein für das ambitionierte Freihandelsabkommen

wurde 2007 auf dem 13. ASEAN Gipfel in Singapur gelegt. Geplant ist die Abschaffung jeglicher Handelshemmnisse für Produkte und Dienstleistungen, die zwischen den Mitgliedsstaaten gehandelt werden. Noch immer sind nicht-tarifäre Handelshemmnisse vorherrschend.

Ob die AEC von den Mitgliedsstaaten wie geplant umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Dagegen sprechen der schwache institutionelle Rahmen der ASEAN und die bereits etwa 120 bestehenden

Freihandelsvereinbarungen in der Asien-Pazifik Region, die an weichen Kontrollmechanismen und Ausnahmeregelungen kranken. Besorgt zeigten sich insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen, die einen Abwärtswettbewerb der Mitgliedsstaaten um soziale, ökologische und wirtschaftliche Standards befürchten. Diese sind in der neuen Wirtschaftsgemeinschaft nicht gewährleistet.

asean.org 20.1.2016

Der Autor ist Sozialwissenschaftler mit dem Forschungsschwerpunkt der Demokratie-, Nationalismus- und Integrationsforschung mit besonderem Fokus auf Malaysia und Singapur.